

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Kursträger 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat. Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Verlagskonto: Nr. 23886 „Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Willkürzeile über breiten Raum 0,90 Mk., unterwärts 1,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsergebnisse 0,50 Mk. Reklame: Die 8spaltige Zeile, dreispaltig über breiten Raum, hinter 2. — Mk.

Weitere Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise

Japan.

Osaka, 13. November. Nach einer Meldung des „Nieuwe Courant“ schließen in Japan Anfang Februar alle Seidenfabriken.

Dänemark.

Ueber die Lage der dänischen Textilindustrie bringt die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ folgende Mitteilung: Die Baumwollspinnereien stehen vor einer möglichen völligen Betriebseinstellung, wofür die englische Kohlenpolitik die hauptsächlichste Ursache ist. Während das Spinnen von Garn in England eine Ausgabe für Kohle von 4—5 Dore je engl. Pfund mit sich führe, stellen sich die entsprechenden Unkosten in Dänemark auf 25—30 Dore. Da der dänische Zoll von 10 Dore je Kilogramm gleich noch nicht 5 Dore je engl. Pfund der Unkostenunterschied nicht im entferntesten ausgleiche, andererseits die dänischen Arbeitslöhne so hoch seien, sei das dänische Garn gegenüber dem englischen Garn, das neuerdings seinen Absatz wieder härter im Ausland suche, nicht mehr wettbewerbsfähig. Ähnlich siehe es mit der Tuchindustrie.

Das monatliche Defizit in der dänischen Handelsbilanz steigt in enormem Grad. Im Juni und Juli waren es 100 Millionen, im August 130 Millionen und die Abrechnung für August zeigt ein Defizit von 160 Millionen Kronen. Diese große Passivität kann man einigermaßen durch die erhöhte Kohleneinfuhr in letzter Zeit erklären. Aber im allgemeinen ist das Bild der Handelsituation in Dänemark sehr dunkel. In den ersten neun Monaten des Jahres wurden 1000 Millionen Kronen Waren mehr importiert als exportiert. Besonders im Freihafen Kopenhagens sind gewaltige Warenlager angehäuft, die schon seit langem exportiert werden sollten. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß z. B. selbst die konservativsten Geschäftsleute die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland verlangen.

Frankreich.

Es kommt immer häufiger vor, daß die industriellen Betriebe in Frankreich in Schwierigkeiten geraten, weil der Staat mit den Zahlungen für Abschüsse aus Kriegszeiten im Rückstande ist. Die große Automobil- und Flugzeugfabrik des bekannten Flugzeugkonstruktors und Fliegers Bleriot in der Nähe von Paris hat wegen dieser Schwierigkeiten nunmehr den Betrieb eingestellt und 1300 Arbeiter entlassen. Bleriot erklärt, er habe bis jetzt die Hälfte seiner Kriegssteuern gezahlt.

Ramenez-Bodolff genommen.

Meldung. Die Bolschewisten haben Ramenez-Bodolff befehligt. Die ukrainischen Truppen haben sich in Unordnung zurückgezogen; die auf polnischen Boden übergetretenen Abteilungen wurden entwaffnet.

Bauernunruhen in Bessarabien.

Bukarest, 18. November. („Kölna Wien.“) Nach Mitteilung der „Dacia“ hat die rumänische Regierung der Sachverständigenkommission, die sich mit der vorläufigen Verteilung des enteigneten Landes und mit der Regelung der Eigentumsverhältnisse in Bessarabien zu befassen hatte, den Auftrag erteilt, ihre Arbeit einzustellen. Unter den Bauern Bessarabiens kommt es wiederholt zu Unruhen, da diese den Grund, den sie sich zur Zeit der Bolschewikenherrschaft angeeignet haben und den ihnen jetzt die rumänische Regierung entreißen will, nicht herausgeben wollen. Diese Unruhen sind auch die wahre Ursache der Tätigkeit der sogenannten Sachverständigenkommission.

Die Autonomie Oberschlesiens.

Der Reichsrat hat folgendes Gesetz angenommen: In der preussischen Provinz Oberschlesien findet innerhalb zweier Monate, nachdem die deutschen Behörden die Verwaltung des zurzeit besetzten Gebietes wieder übernommen haben, eine Abstimmung nach Artikel 18, Absatz 4 Satz 1, und Absatz 5 darüber statt, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll.

Wird die Frage bejaht, so ist das Land unverzüglich einzurichten, ohne daß es eines weiteren Reichsgesetzes bedarf. Dabei gelten folgende Bestimmungen:

1. Es ist eine Landesversammlung zu wählen, die binnen 3 Monaten nach der amtlichen Feststellung des Abstimmungsergebnisses zur Einsetzung der Landesregierung und zur Beschlußfassung über die Landesverfassung einzuberufen ist. Der Reichspräsident erläßt die Wahlordnung nach den Grundzügen des Reichswahlgesetzes und bestimmt den Wahltag.
2. Der Reichspräsident bestimmt im Benehmen mit der ober-schlesischen Landesversammlung, wann das Land als eingerichtet gilt.
3. Die ober-schlesische Staatsangehörigkeit erwerben:
 - a) Die volljährigen Reichsangehörigen, die am Tage der Einrichtung des Landes Oberschlesien (Nr. 2) in seinem Gebiete Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt haben, mit diesem Tage.
 - b) Sonstige volljährige preussische Staatsangehörige, die im Gebiete der Provinz Oberschlesien geboren sind und innerhalb eines Jahres nach Einrichtung des Landes (Nr. 2) der Landesregierung erklären, daß sie die Oberschlesische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, am Tage des Eingangs dieser Erklärung.
 - c) Alle Reichsangehörigen, die durch Geburt, Legitimation oder Eheschließung der Staatsangehörigkeit einer der unter a) und b) bezeichneten Personen folgen.

Das Gesetz geht in diesem Wortlaut dem Reichstag unverzüglich zur Beschlußfassung zu.

Die interalliierte Kommission hat für die im Abstimmungsgebiet wohnhaften Personen eine Amnestie erlassen, welche umfaßt: allgemeine Vergehen, strafbar nach §§ 103a, 110, 116, 126, 127, 130, 131, 132 und 135 des Strafgesetzbuches, 2. Vergehen, begangen im Nationalitätenkampf oder wirtschaftlichen Kampf der Gesellschaftsklassen nach §§ 123, 139, 185, 241, 113 (Widerstand gegen die Staatsgewalt), 115 (Aufruhr, unter Ausschluß der Anführer), 124e (Hausfriedensbruch, begangen durch Zusammenrott von Mengen), 3. strafbare Handlungen gegen die Waffenbesitzverordnung und periodische Druckschriften.

Das alte Lied.

In der Frage der neuen Tarifierhöhungen auf den Reichseisenbahnen beginnt am 18. November eine Konferenz im Verkehrsministerium. Das Verkehrsministerium dringt auf schnelle Erledigung der Tariffrage. Soweit die Verhandlungen erkennen lassen, kommt eine 50prozentige Erhöhung aller Tarife in Betracht.

Beamtenbewegung.

Nach dem „Vorwärts“ zugegangenen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet steht ein Beamtenstreik kurz bevor. Die Meldung besagt, daß die Lage der Beamten, besonders derjenigen der unteren Gehaltsklassen, derart verzweifelt ist, daß sie ohne eine sofortige Hilfe dem Hunger preisgegeben sind. Eine Deputation befindet sich zurzeit in Berlin, um mit der Reichsregierung über die notwendigen Schritte zu verhandeln. Verlangt wird eine sofortige Vorschusszahlung von 1000 Mk., unbeschadet der Regelung der Erhöhung der Steuerzulage durch den Reichstag.

Die Betriebsräte in Erfurt für die dritte Internationale.

Die Neuwahl zum Aktionsausschuß der Betriebsräte-Vollversammlung ergab eine überwältigende Mehrheit für die Anhänger der dritten Internationale. Die Vollversammlung weist es weit von sich, dem Vorschlag der Rechter zu folgen und sich in das Jahrgewässer des A. D. S. D. mit seiner bekannten politischen „Neutralität“ zu begeben.

Die Aussprache und die Abstimmung hat den Nachläufer der Rechten und Disziplinär deutlich gezeigt, wo die Mehrheit der Erfurter Betriebsräte steht.

Internationaler Strombericht.

Im Verlaufe der letzten Monate ist die proletarische Revolution in ein schärferes Entwicklungstempo gekommen. Die europäische Wirtschaftskrise vertieft sich ununterbrochen und wirkt sich über die ganze Welt aus.

Gegenzeichnet wird der Uebergang in eine neue Phase der Weltrevolution besonders durch folgende Ereignisse:

1. Der Klärungsprozeß zwischen den reformistischen und den revolutionären Teilen der Arbeiterklasse ist durch die Frage des Anschlusses an die proletarische Internationale überall akut geworden. Der Einfluß der Reformisten sinkt und der der Kommunisten steigt beständig.
2. Die Rechtssozialisten haben sich in fast allen Ländern vor den proletarischen Massen hoffnungslos kompromittiert. Wo sie Koalitionsregierungen mit der Bourgeoisie gebildet hatten, sind diese in den wichtigsten Ländern zu Bruche gegangen (Österreich, Belgien, Schweden) oder haben offensichtlich die Bourgeoisie gestärkt. Die polnischen, lettischen, deutschen und ukrainischen Sozialdemokraten haben die proletarischen Massen in einem Grade verloren, daß sie als halb- oder ganz bürgerliche Parteien in der politischen Arena erscheinen. Besonders deutlich wird die Tätigkeit der Sozialdemokraten für die Interessen der Bourgeoisie durch die Tatsache, daß überall dort, wo sie durch direkte oder indirekte Teilnahme an der Regierung die bestehenden Tatsachen verschleiern helfen, der Revolutionierungsprozeß gehemmt wird (Schweden, Dänemark, Österreich, Polen, Tschechien, Lettland, Belgien) und der Bourgeoisie Wählerfolge in die Hände gespielt werden, während in den rein bürgerlichen Staaten die Kommunisten tiefenfortschritte machten (Bulgarien, Serbien, Italien). In Bulgarien und Serbien haben sie bei den Wahlen, also auf „legalem“ Wege, fast die Mehrheit erreicht.

3. Durch die neuen Formen, die der Klassenkampf in Italien gezeigt hat und die überaus lehrreich und befruchtend auf die europäischen Kämpfe wirken werden.

Die für die Fortführung der Weltrevolution zunächst wichtigsten europäischen Zentren (Rußland, Deutschland, Italien) sind durch Sperrketten von reaktionären Ländern getrennt. Diese Sperrketten wurzeln im Weltkrieg, und wie der überall in die Weltrevolution übergreift, zeigt sich am deutlichsten an den Rollen, die diesen Staaten seitens der Leit-Länder der europäischen Reaktion (Frankreich und England) zugewiesen werden.

Zwischen Rußland und Deutschland liegen: Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, zwischen Deutschland und Italien: Rumänien, Ungarn, Österreich und — Bayern.

In Finnland, wo Mannerheim mit Unterstützung anderer edlen von der Gold über 70 000 Proletarier abschlachtete, beginnt es trotz des rücksichtslosen Terrors der Bourgeoisie in Arbeiterschaft und Armee zu gären.

In Estland kann man in kurzer Frist eine Erhebung des Proletariats von innen heraus nicht erwarten.

In Lettland wirtschaften sozialdemokratische Wächter, unter deren Augen die Agenten Stangels, der Engländer, der Polen weißgardistische Truppen gegen Sowjetrußland aufzutreiben suchen.

In Litauen wirkt der polnische Ueberfall natürlich als ein Moment, das den Nationalismus begünstigt. Verschiedentlich werden Versuche litauischer Nationalisten aufgedeckt, die nach einem Geschäftsverkehr mit der deutschen Konturrevolution hinielten und, wenn sie geglückt wären, ein neues Vatikan gezeitigt hätten. Die Grenzübergänge von Marinebriganten werden von Deutschland durch — Reichswehrformationen „verriegelt“.

Polen leidet schwer unter den Folgen des Krieges und der Zerrüttung seiner Wirtschaft. Hunger, Elend, Streiks, Verhaftungen und Pogrome sind an der Tagesordnung. Die polnische Mark gilt noch knapp 18 (deutsche!) Pfennige. Die Opposition gegen die polnischen Sozialverräter wächst rasch.

In Rumänien ist das Proletariat nach seiner letzten Kampfanlage völlig niedergeschlagen, selbst die sozialistischen Abgeordneten hat man unter Verletzung der Immunität in die Gefängnisse gesteckt. Die wahre Soldateska berockt gegen die Reaktion Bessarabiens haben Amerika, Rußland (mit der...) protestieren. Frankreich... (mit der...)

teude Dastung ein, mußte aber auf seinen geliebten Proletariatsführer Wangel Rücksicht nehmen, der für Westarabien Vollabstimmung forderte. Man, da er aufhören muß zu fordern, wird Frankreich sich beilehen, Rumänien zu bedecken, Ungarn ist in vollkommener Desorganisation begriffen. Industrie, Handel und Landwirtschaft sind durch die Räuberhorden der Horthybanditen lahmgelegt. Der christlich-nationale Wörderkurs hat sogar der Bourgeoisie das Entsetzen in die Adern gejagt. Die Waffe, die sich die Kapitalisten gegen das Proletariat schufen, ist ihnen völlig aus den Händen gestritten und beginnt die Kapitalisten selbst zu plündern. Die letzten Nachrichten melden Aufstandsversuche gegen die Horthybanden. Sie sind noch nicht kontrolliert.

In Oesterreich haben die Kommunisten durch ihre anklare Stellungnahme zum Problem des Parlamentarismus und durch einige tatsächliche Fehler eine Wahlschlappe erlitten. Die Menschewiki sind dabei fest geworden. Die Reaktion ist nun offiziell im Sattel, lauft und stiehlt Waffen über Waffen, unterstützt von Horthy-Ungarn und Ruhr-Baiern. In jeder Zeit wagte man schon, gegen Kommunisten mit Verhaftungen vorzugehen.

Baiern hat durch die offizielle und inoffizielle Unterstützung, die ihm Frankreich gewährt, die Orgesch bisher behalten können. Die Franzosen scheinen also die Absicht zu haben, diese Ratter an ihrem Korsettbusen großzubrüten.

In Italien hat die halbe Niederlage, die der halbe Sieg mit sich brachte, viel Unionsfischen Kleister aus den Augen der Massen gewischt. Das Proletariat ist selbstständig von der Bourgeoisie gründlich betrogen worden und die Komödie des Gesehenswurfs über die Kontrolle der Produktion hat ein rasches Ende gefunden. Sobald wir Raum genug zur Verfügung haben, werden wir über die Kämpfe in Italien ganz ausführlich berichten; denn gerade diese Erfahrungen sind für das deutsche Proletariat außerordentlich wertvoll. Inzwischen empfehlen wir dringend die vorzüglichen Darlegungen darüber in Heft 36/37 und 40 des „Kommunisten“, Wien 8, Hefestraße 69, zu studieren. Sie sind in der kommunistischen Arbeiterbuchhandlung, Breslau, Gräbischer Str. 45, zu haben.

Spaltung der österreichischen Sozialdemokratie.

Die Kapitalisierung der Arbeiterschaft, die trotz aller Bemühungen der österreichischen Regierungsozialdemokraten auch in Oesterreich einsetzte, hat zunächst zur Bildung einer „sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterkräfte“ innerhalb der Partei geführt, die sich zu den Grundfragen der kommunistischen Internationale bekannte. Da die herrschende Parteibürokratie dem linken Flügel die Revolutionierungsbewegung innerhalb der Partei immer mehr erschwerte, haben die beiden Fraktionen, in die die „Arbeitsgemeinschaft“ sich aus mehr persönlichen als politischen Gründen in jüngster Zeit gespalten hatte, nacheinander gemeinsam die organisierten Konsequenzen gezogen. Sie begründeten ihren Austritt aus der sozialdemokratischen Partei und die Gründung einer selbstständigen Partei in einer Entschiedenheit ihrer Verlebensmänner, in der es heißt:

Der Parteitag hat unüberleglich bewiesen, daß die Rechte und das Zentrum zwar mit Parteien immer wieder erklären, daß sie auf dem Boden des kommunistischen Manifestes stehen, daß sie jedoch den Kommunismus tatsächlich ablehnen. Jeder Genosse, der innerhalb der Partei für den Kommunismus wirkt, jeder Genosse, der sich mit anderen Genossen innerhalb der Partei zusammenschließt, um kein Wort für den Kommunismus erfolgreich zu gestalten, wird zum „Scheingeniegen der kommunistischen Partei“ gestempelt und aus der Partei hinausgeworfen.

Die für den 28. November einberufene Reichskonferenz der Linken soll die politischen Konsequenzen aus dem Parteitag ziehen. Allein die Tatsache, daß die Arbeiterratswahlen schon am 11. November begannen, die weitere Tatsache, daß auch dem Status der Arbeiterkräfte nur Angehörige einer sozialistischen Partei in den Arbeiterrat gewählt werden können und die Tatsache schließlich, daß durch

den Beschluß des Parteitages die Linken von der Kandidatur in den Arbeiterrat von Parteiwegen ausgeschlossen sind, diese Tatsachen machen es zum zwingenden Gebot, der Entscheidung der Reichskonferenz vorzugreifen.

Die am 12. November 1920 tagende Konferenz der linken Vertrauensmänner von Wien und Umgebung beschließt daher in logischer Konsequenz der auf dem Parteitag gefaßten Beschlüsse, die uns die Aufopferung unserer Überzeugung aufzwingen wollen, mit heutigem Tage die Gründung einer selbstständigen Partei, der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs (Linke).

Zweck der Partei ist die Sammlung und Organisation der revolutionären Sozialisten zum Kampf um den Kommunismus.

Die Konferenz begrüßt es, daß die Vereinigung der beiden Linken bereits in die Wege geleitet wurde und beschließt, daß die beiden Linken vereint in die Arbeiterratswahlen eintreten. Die formelle Verschmelzung der beiden Linken ist auf der Reichskonferenz am 28. November durchzuführen.

Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß es in nicht allzulanger Zeit gelingen wird, alle wirklich revolutionären Proletarier Deutsch-Oesterreichs in einer einzigen revolutionären Partei zu sammeln, zu sammeln auf dem Boden des Kommunismus.

Die Wiener „Rote Fahne“ begrüßt den Austritt der Linken aus der Sozialdemokratie und spricht die Hoffnung aus, daß sich die neue Partei binnen kurzem mit der kommunistischen Partei zu einer einheitlichen Sektion der kommunistischen Internationale verschmelzen wird.

Republik Deutschland

Die Wahl in Sachsen.

Man schreibt uns aus Leipzig:

Die rechtsunabhängigen Illusionen sind durch den Ausfall der sächsischen Landtagswahl böse geknickt worden. Diese Landtagswahl sollte ihnen — so hatten sie schon vor dem Parteitag von Halle gerechnet — den entscheidenden Schritt zur Koalition mit den Rechtssozialisten bringen und damit ihre opportunistisch-revolutionistische Politik krönen. Nach Halle ließen sie in ihrer Baglagitation alle durch das Bestehen des Leipziger Aktionsprogramms angelegten Rücksichten fallen und betrieben eine durchaus opportunistische Baglagitation, die aufgebaut war auf dem Versprechen positiver Erfolge, die sie als Regierungspartei in der sächsischen Volkskammer erwerben wollten. Frei von allen Rücksichten auf die programmatische Forderung der Diktatur, plattförmig in dem feuchten Wasser sozialdemokratischer Wahldemagogie, oft unter dem Beifall der sozialdemokratischen Presse, wie Georg Ledebour, der sich das Lob der „Dresdener Volkszeitung“ erkämpft hat. Die Situation der Rechtsunabhängigen für diese Wahl war trotz Halle immerhin nicht ungunstig. Sie verfügten in Sachsen über den alten Organisationsapparat mit seinen Wählererfahrungen, sie verfügten über drei Tageszeitungen und sie hatten obenbrein den Vorzug, daß der alte Organisationsapparat die Wahlvorbereitungen schon vor Halle im Reichen der alten U. S. P. getroffen hatte.

Angesichts dieser Verhältnisse ist die Niederlage der Rechtsunabhängigen gewaltig. Sie hatten sich eingestellt darauf, als stärkste Partei des Landtages die Führung des Parlamentes und der Regierung zu übernehmen und haben schließlich als vierthöchste Partei abgegeschlossen. Das bedeutet für die rechtsunabhängige Politik ein völliges Fiasko, war doch A und O dieser Politik die Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten in Sachsen. Die Behauptung der „Leipziger Volkszeitung“, über den Ausfall der Wahl läßt denn auch nur zu deutlich erkennen, wie groß die Konfektion in ihrem Lager ist. Natürlich klagt sie die Linke U. S. P. D. als die Schuldige an diesem Wahlausfall an, der für sie das Verbrechen von Moskau ist. Es regte nur noch die

Wendung, daß Sinowjew von Moskau nach Halle geschickt worden sei, damit Lipinski nicht Ministerpräsident werden könne.

Wir haben allen Anlaß, mit dem Wahlausfall zufrieden zu sein. Mit improvisierten Organisationen, mit einem improvisierten Wahlsapparat, mit einer von auswärts eingeführten Zeitung haben wir drei Wochen vor der Wahl mit Wahlvorbereitungen begonnen und haben trotz allen Schwierigkeiten in den beiden Bezirken, wo wir eine eigene Liste aufgestellt hatten, beachtliche Resultate zu verzeichnen — haben wir doch in Leipzig die Rechtssozialisten überholt. Was die Reichstagswahl gezeigt hat, ist auch bei dieser sächsischen Landtagswahl zutage getreten: die Revolutionierung der Arbeiterschaft marschiert. Die kommunistische Partei hat gegenüber der Reichstagswahl vom 6. Juni an Stimmen gewonnen, während die Rechtsunabhängigen, die Rechtssozialisten und die Demokraten gewaltige Stimmverluste erlitten haben. Die Vereinigte kommunistische Partei wird in Sachsen zur Massenpartei der revolutionären Arbeiter werden — die Rechtsunabhängigen aber werden in der U. S. P. D. aufgehen.

Der Stimmverlust der rechten U. S. P. D. beträgt 287 000 Stimmen. Davon hat sie an die Linke U. S. P. und an die Kommunisten verloren etwa 62 000 Stimmen. 225 000 Wähler, die bei der Reichstagswahl für die U. S. P. gestimmt haben, haben sich diesmal der Stimme enthalten. Die durch die Hilferdinge unternommene Spaltung der U. S. P. D. hat sicher dazu viel beigetragen. Viele Genossen haben nicht gewählt, weil sie den Hilferdingen nicht mehr trauten, aber von unserer Agitation nicht erfasst wurden. Ein Teil mag auch aus verständlichen Gründen sich der Wahl enthalten haben — aus dem Gedanken heraus, daß der sächsische Landtag ja doch die jammervollen Zustände nicht ändern könne. Der Rest der Abstinenten aber wird gestellt von den Mittläufern, den unsicheren Elementen. Diese Katastrophe der U. S. P. mahnt laut, die Stärke einer proletarischen Kampfpartei nicht zu beurteilen nach ihrer parlamentarischen Erscheinung.

Die Wahl hat eine sogenannte „sozialistische Mehrheit“ ergeben. Aber Rechtssozialisten und Rechtsunabhängige verfügen über keine Regierungsmehrheit, ebensowenig wie die bisherigen Koalitionsparteien, Rechtssozialisten und Demokraten. Die „parlamentarische Demokratie“ wird wieder einmal ad absurdum geführt. Vielleicht aber macht das Schüringer Beispiel Schule in Sachsen. Inzwischen wächst die Not, die keine Regierungsbildung beseitigen kann, und die Profitgier der Kapitalisten ruiniert den Produktionsapparat vollends. Die Notwendigkeit der Produktionskontrolle wird der Arbeiterschaft durch den Zerfall des kapitalistischen Systems eingehämmert. Hier liegen die Wurzeln der Revolutionierung der Arbeiterschaft, die trotz aller Wahlarithmetik durch den Bankrott des Kapitalismus zum Angriff auf die bürgerliche Herrlichkeit getrieben wird — um so eher, je eher sich der neue Landtag als machtloses Schattenparlament enthält.

Im schönen, freien Deutschland.

Ein furchtbares Bild des Elends des Proletariats in der glorreichen Zeit der kapitalistischen „Ordnung“ wurde enthüllt in einer Sitzung des Elternrates in Husum (Holstein). Dort erklärte in einer Beratung über die Einführung einer Schulbadegelegenheit der Lehrer, daß die meisten Kinder vom Baden Abstand nehmen würden, da sie kein Hemd am Leibe haben und sich schämen würden, dies beim Baden zu offenbaren. Der Lehrer gab weiter die Mitteilung eines Arztes, nach welcher dieser an einem einzigen Tage 25 Patienten behandelt hatte, die sämtlich kein Hemd am Leibe hatten.

Selbstverständlich herrschen nicht nur in Husum so trostlose Verhältnisse. Das ganze Proletariat Deutschlands ist heute in ähnlicher Weise heruntergerissen. Kein Hemd haben die Arbeiterkinder am Leib und die Bourgeoisie verkleistern den Arbeitereltern das Gesicht mit Schreckensbildern aus dem bolschewistischen Rußland, nur damit ja niemand rüttelt an dem

Hoja Luxemburg

Briefe aus dem Gefängnis.

(Fortsetzung.)

Sicherlich wird es mir wenigstens im nächsten Jahr*) zugehen sein, Ihnen an diesem Tage selbst Blumen zu bringen und mit Ihnen zusammen einen Spaziergang im botanischen Garten und im Feld zu machen. Die herrlichste wäre das! Heute haben wir hier noch Glück. Jedenfalls aber liegt in der Luft ein so linder erfrischender Frühlingsschauer und eben schimmert zwischen diesen milden Wolken ein so tiefes blaues Himmel, dasz können die Spatzen ganz glücklich und lustig denken, es sei Ende März. Ich habe mich schon so oft den Frühling, das Frühlings, was man mir jetzt bringt, so lange man lebt, was man im Gegenteil mit jedem Jahr mehr zu würdigen und zu lieben versteht. Wissen Sie, Comités, daß der Anfang des Frühlinges in der organischen Welt, z. B. das Erwachen zum Leben jetzt beginnt, Anfang Januar, ohne auf den Februar zu warten. Während nämlich noch dem Kalender nach der Winter beginnt, befinden wir uns in der größten organischen Sommerzeit und die Welt ist so geschwundvoll strahlend auf alles Leben, daß man auf unserer nordischen Halbinsel, die in Winterzeit eingeschüttelt ist, zu Beginn des Jahres wie mit einem Handkuss die Pflanzen und Tierwelt erweckt wird. Die Rosen sind schon jetzt zu riechen, viele Tiere jagen die Fortpflanzung schon an. Wirklich las ich bei Goethe die Beobachtung, daß die hirschartigen Weibchen im Winter und im Frühjahr die schönsten Männer in die Räume jagen. Ich habe im Winter gesehen, daß die Sonnenwärme noch die Wägen an kühleren Stunden jagen und einen warmen Frühling

aller Lebenskräfte verurteilen. Auch Sie, Comités, sind so ein frühes Mädchen, das noch mitten im Schnee und Eis aufgeschwommen ist und deshalb sein Lebenlang ein bisschen fröhlich, sich im Leben nicht heimlich fängt und jede Dreibeinigkeit braucht.

Ueber Ihren Rodin zu Weihnachten habe ich mich mächtig gefreut und hätte Ihnen gleich gedacht, wenn mir Mathilde nicht gesagt hätte, daß Sie in Frankfurt sind. Was mich besonders angehen betrifft hat, ist der Naturgenuss Rodins, sein Gesichts vor jedem Grinsen im Felde. Das muß ein Frühlingsschauer gewesen sein: offen, natürlich, überströmend von warmer Wärme und Intelligenz; er erinnert mich entschieden an Jaurès. Wissen Sie meinen Hauskater? Oder kennen Sie ihn schon? Mich hätte dieser Kater sehr ergrübelt: normalerweise die landwirtschaftlichen Schilberungen sind von größter positiver Kraft. Dem Hauskater ist feinst offenbar, ganz wie dem De Gasse, daß „über dem Lande Jandern“ die Sonne viel herrlicher auf- und untergeht als über der hellen Erde. Ich habe, daß die Blumen alle in ihr Landchen fröhlich verstreut sind, sie beschreiben es nicht wie ein Stück hohes Gras, sondern wie eine fröhliche junge Frau. Und noch in dem hohem-traglichen Gras finde ich eine Verwundbarkeit der Fäden mit den grandiosen Fäden im Stil Galenpings, z. B. mit der Demolierung des öffentlichen Hauses. Wissen Sie nicht auch, daß diese Wägen im Winter ganz an Katerkater erinnern: das Dunkel der ganzen Wägen, gemischt mit einem hellen Lichtschein; der verblüffendste Katerkater aber Details und daß das Ganze in eine wunderbare Phantasie übertrifft.

In „Der neue Tagblatt“ las ich, daß im Friedrich-Wägen ein neuer großer Wagen hängt. Wissen Sie ihn schon? Ich glaube, daß Sie ihn eigentlich nicht mehr gesehen ist, er ist nur zu sehen und hat, zu sehen, — verstehen Sie, wenn das wirklich eine Wunderleistung ist, aber ich kann nicht mehr als meine unmittelbaren Emp-

findung folgen. Trotzdem wäre ich glücklich, wenn ich jetzt ins Friedrich-Museum könnte, um den neuen Wagen zu besichtigen. Haben Sie auch den Kaufmannschen Nachlaß gesehen, von dem man so viel Wesens gemacht hat?

Meine Lektüre jetzt sind verschiedene ältere Studien über Shakespeare aus den 60er und 70er Jahren, als man noch in Deutschland lebhaft über das Problem Shakespeare debattierte. Können Sie mir nicht aus der Kgl. Bibliothek oder aus der Reichstagsbibliothek beschaffen: Klein, Geschichte des italienischen Dramas; Schack, Geschichte der dramatischen Literatur in Spanien; Cervinus und Ulrich über Shakespeare? Wie stehen Sie selbst zu Shakespeare? Schreiben Sie bald! Ich umarme Sie und brüde Ihnen warm die Hand. Seien Sie ruhig und heiter, trotz alledem. Liebste Comités, auf Wiedersehen!

Wann wollen Sie kommen?!

Comités, wollen Sie mir die Liebe tun: schicken Sie der Mathilde J. Hyazinthen von mir. Ich erlaube es Ihnen, wenn Sie hier sind.

Ihre Hoja.

Breslau, den 24. 8. 1918.

Meine geliebte Comités, wie lange habe ich Ihnen nicht mehr geschrieben und wie oft habe ich in dieser Zeit an Sie gedacht! Die „Zeitläufe“ berechnen sogar mir zeitweilig die Zeit zum Schreiben... Wenn man jetzt zusammenfassen kann, was es eine Wohltat, aber darauf ist gar keine Lust zur Zeit. Meine Beschwerde ist mit gründlicher Schilderung meiner Schwächlichkeit und Unvermögenheit abgewiesen und ein Antrag, wenigstens auf kurzen Urlaub, desgleichen. Ich muß also wohl warten, bis wir die ganze Welt besiegen. (Kochbuch folgt.)

*) Im nächsten Jahre, am 25. Januar 1919, hat sich Hoja Luxemburg in Warschau mit einer Frau verheiratet, von der man den Namen nicht kennt. Hoja und Hoja sind die Namen der beiden Frauen, die die Hoja Luxemburg des alten Regimes nachher als Hoja Luxemburg genannt.

herrlichen" Zuständen, unter denen heute das Proletariat in Deutschland vegetiert.

Arbeiterführer wie Dittmann stimmen ein in das Geschick über die Not in Russland und unterstützen so den Kapitalismus, statt die Arbeiter zu lehren, um sich zu bilden, ihre gemeinsame Not im gemeinsamen Kampf abzumitteln und damit die Grundlage zu schaffen für ein menschenwürdiges Leben für sich und ihre Kinder.

Berlin, ein Zentrum der russischen Konterrevolution.

Neben einer ganzen Anzahl gegenrevolutionärer russischer Zeitschriften erscheinen in Berlin schon seit Monaten zwei russische Tageszeitungen: „Golos rossy“ und „Wremja“ und heute meldet die „Bosfische Zeitung“, daß ab 15. November eine weitere Zeitung „Ru!“ (Das Steuer) von der russischen Konterrevolution in Berlin herausgegeben wird.

Die gleiche Regierung, die Arbeiterblättern des Papieres wegen die allergrößten Schwierigkeiten macht, gestattet die Herausgabe einer neuen Zeitung, die der Sammlung der Gegenrevolution zum Kampfe gegen Sowjetrußland dient. Diese Tatsache, betrachtet im Zusammenhang mit der Ausweisung Sinowjews und Lojowskys, der verfrühten Sympathieerklärung Simons für Wrangel und der Verschiebung militärischer Ausstattungsgegenstände nach dem weißen Polen, beleuchtet grell die politische Stellung der deutschen kapitalistischen Regierung. Die Arbeiterschaft wird demgegenüber demontrativ ihre Entschlossenheit zum Ausdruck bringen müssen, jeder Unterstützung der Feinde Russlands die aktive Unterstützung des russischen Proletariats und der Sowjetregierung entgegenzusetzen.

Margarete Behm.

Wir entnehmen der „B. a. M.“:

Im Anschluß an den deutschnationalen Parteitag in Hannover hat auch der Reichsfrauenauschuß der deutschnationalen Volkspartei getagt. Vorsitzende dieses Ausschusses ist die Reichstagsabgeordnete Margarete Behm. Nach dem Bericht der erzreaktionären „Westdeutschen Rundschau“ erklärt diese annehme Mitbürgerin, die übrigens von religiösen Nebenbuhlerinnen geradezu zu triefen pflegt:

„Wir Frauen wollen in den großen Dingen die Männer ergänzen; sie sollen unsere Führer sein in Dingen, in denen sie uns überlegen sind, und wir wollen sie führen, wo es des Eingreifens der Frauen bedarf. Den 9. November haben die Männer mehr verdient als die Frauen. (Beifall) Wir Frauen hätten schießen lassen. (Stürmischer Beifall) Das Vaterland erfordert jedes Opfer, verlangt Herz und Hand und, wenn es sein muß, auch unser Leben. (Beifall.)“

Fräulein Behm wird es nicht weniger nach dem Opfer seines eigenen Lebens als nach dem des Lebens der anderen verlangen. Uebrigens, wenn Wilhelm II. in punkto Frauenfrage nicht so rückständig gewesen wäre, sondern an Stelle des schlappen Herrn von Linsingen das schneidige Fräulein Behm zum Höchstkommmandierenden in den Marken gemacht hätte, dann säße er vielleicht heute noch auf dem Thron. Freilich, Ströme Bluts wären in den Straßen Berlins geflossen. Aber was gelten einer deutschnationalen Christin ein paar Tausend Tote mehr?

Regien und die Provisionen.

Wigdor Kopp, der Berliner Vertreter Sowjetrußlands schreibt: Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund geleitete „Deutsche Defonomiegesellschaft“, an der neben einem schwedischen Bankier und einem deutschen Textilindustriellen Herr Karl Regien als Gesellschafter beteiligt ist, verlangte entgegen einem früher ausgemachten Verzicht auf jeden Profit von Wigdor Kopp 2 Prozent Provision. In dem betreffenden, von Regien unterzeichneten Schriftstück wird darauf hingewiesen, daß die Russen nur dann auf die effektive Hilfe des Gewerkschaftsbundes rechnen könnten, wenn das Geschäft durch die Defonomie-Gesellschaft, d. h. durch die Firma Regien vermittelt würde. Die 2 Prozent aber bedeuten 40 Millionen Mark.

Um diesen Betrag, der in kapitalistischen Kreisen als Wucher bezeichnet werden dürfte, war die proletarische Firma Regien bereit, die Hilfe des Gewerkschaftsbundes an Sowjetrußland zu verkaufen.

Wigdor Kopp hat dies dankend abgelehnt. Und so kam es zu der vom „Vorwärts“ beklagten „Ausfaltung der Gewerkschaften“ bei der Lieferung von Lokomotiven an Sowjetrußland.

Entlarvte Lockspiegel.

Die Versammlung der Berliner Betriebsräte am vergangenen Sonntag wurde durch eine Anzahl Arbeitslose zu sprengen versucht. Unter den Arbeitslosen gebärdeten sich einige ganz besonders provokatorisch. Sie erregten den Verdacht der Arbeiterschaft, und in der Tat stellte sich bei einer Untersuchung heraus, daß sie Legitimationen konterrevolutionärer Organisationen, der Orgesch, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Berliner Heimatverbandes, des Germanischen Stadttrupps und der Organisation Stahlhelm bei sich trugen. Die Berliner Betriebsräte haben die Lockspiegel mit einer gehörigen Tracht Prügel entlassen.

Komödie.

Wie die „Welt am Montag“ von unterrichteter parlamentarischer Seite hört, wird die Wahl des Reichspräsidenten mit den preussischen Landtagswahlen verbunden werden, also am 20. Februar stattfinden.

Kapitalistische Wirtschaft.

Stinnes, Hilferding oder Sozialismus. Der Reichswirtschaftsrat hat eine Unterkommission für die Sozialisierung eingesetzt, die mit den beiden Vorschlägen der ursprünglichen Sozialisierungskommission nichts besseres ausfinden mußte, als sie einer weiteren Kommission zu über-

weisen. Diese Kommission rechtfertigte ihren Namen „Sozialisierungskommission“, indem sie sich wiederum zweifelte zur Ausarbeitung eines dritten und vierten Sozialisierungsprojektes, hinter denen, einerseits die Großindustriellen Stinnes und Silberberg, andererseits der rechtssozialistische Steiger Werner stehen. Da nun jedes weitere Projekt eine neue Kommission, jede neue Kommission aber mindestens zwei neue Projekte hervorbringen pflegt, setzte nunmehr die Unterkommission des Reichswirtschaftsrates angeht dieses Mattentönigs von Sozialisierungsprojekten eine weitere Einigungskommission ein, die ihrer Aufgabe wohl deshalb besser gewachsen sein soll, als sie durch neue Mitglieder ergänzt wurde, also mehr Köpfe und somit mehr verschiedene Wände enthalten wird. Es ist, als wolle man dem deutschen Proletariat zur Belohnung für sein geduldiges Zusehen zu alle dem ein Märchenbuch beschenken, in dem haargenau und wunderschön niedergelegt ist, wie immer man im kapitalistischen Staat auf dem Papier und in der blauen Luft „sozialisieren“ kann.

Ein Zeitgedanke aber, ein Grundton wird in diesem Märchenbuch schwängen, wird als ein dumpfer Mißklang aus dieser „sozialistischen“ Märchenwelt dem deutschen Arbeiter entgegenklingen, der höchst kapitalistische, der höchst profitlüsterne Schrei nach erhöhter Arbeit der ausgepumpten Bergarbeiter, nach verschärfter Ausbeutung. Dieses letzte Ziel eint bemußt oder unbemußt die Stinnes über die Rathenau und Wiffel, über die Berner und Gué mit den Hilferdingen und nur die verschiedene Form, in der sie die Verewigung der Arbeitsgemeinschaft und die Verschärfung der Ausbeutung als „Sozialismus“ drapieren und die Höhe der Lasten, in die sie sich für diese Draperie zu stützen bereiten sind, bildet das Wesen ihrer Unternehmung. Wenn bei Hilferding zum Betrug der Arbeiter, zur Vorpiegelung einer Sozialisierung eine Verstaatlichung des Bergbaues inszeniert werden soll — allerdings unter Garantie des Profites für das Zehntkapital als Staatsrente und unter Hebertragung der Herrschaft im Kohlenbergbau nicht an die Arbeiter, sondern an das Kohle verbrauchende Kapital — so bezeichnet Stinnes ganz unverhüllt seine eigenen kapitalistischen Vertrustungspläne, die er zum Teil bereits in die Tat umgesetzt hat, zum Teil umzusetzen im Begriff steht, als Sozialisierung.

Das Zehntkapital hat mit Hilfe seines Kohlenmonopols eine Diktatur in der Wirtschaft errichtet, hat die Fertigungsindustrie mehr und mehr von sich abhängig gemacht und ist in letzter Zeit dazu übergegangen, sich große Werke der Elektrizitäts- und Fertigungsindustrie in aller Form anzugliedern. Ein Beispiel dafür bildet die Vereinigung der Stinnesgruppe mit dem Siemens-Konzern, die in der letzten Zeit viel besprochen wurde. Diese Vertrustung nun wollen Stinnes und der eigentliche Verfasser seines Vorschlages Silberberg beschleunigen und geschickt festlegen. Die Fertigungs- und Elektrizitätsindustrie, die sogenannten Endindustrien, sollen sich Kohlenquellen sichern, sollen sich direkt mit Gruppen des Bergbaues zu Interessengemeinschaften verbinden, das heißt sie sollen das tun, was der Siemens-Konzern bereits getan hat. Sie sollen sich als Gegenleistung gegen eine bevorzugte Kohlenlieferung den Stinnesleuten unterwerfen. So heißt es im Entwurf, der die so unterworfenen Industrien als „bergbautreibende Endindustrien“ bezeichnet:

„Zu diesem Zwecke ist den Bergbau treibenden Endindustrien der wesentliche Teil derjenigen Fördermengen zur eigenen Verwendung zu überlassen, die sie nach Deckung des allgemeinen unmittelbaren Kohlenbedarfs im bisherigen Umfang darüber hinaus erzeugen. Der vorweg zu deckende Kohlenbedarf Dritter ist unter Aufrechterhaltung der bestehenden Vertragsorganisationen den Verbrauchern zuzuführen.“ (Schluß folgt.)

Die abgehaltene Betriebsversammlung der in den Vorkriegs Gattungen, Hagen und Schwelm belegenen Zeche hat sich mit großer Schärfe gegen den Vorschlag der Unterkommission des Reichswirtschaftsrates betreffend Ausgabe von Kleinaktien ausgesprochen, der nur der Herrschaftsstellung der Stinnes und Konio.ten dienen und der der Ausbeutung der Volksgemeinschaft Vorschub leisten würde. Die Betriebsräte fordern die sofortige Vollsozialisierung nach den Beschlüssen der Vertrauensmänner des Betriebsrätekonferenzen des alten Bergarbeiterverbandes und nach dem einstimmigen Beschluß des internationalen Bergarbeiterkongresses zu Genf. Die Arbeiter der Metallindustrie werden aufgefordert, ihrerseits für die Ueberführung der mit dem Bergbau wirtschaftlich zusammenhängenden Eisen- und Stahlindustrie in den Besitz der Allgemeinheit einzutreten.

Sowohl der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Otto Gué wie auch der Vorstand des Alten Bergarbeiterverbandes protestieren, wie die Blätter melden, öffentlich dagegen, daß ein Mitglied des Bergarbeiterverbandes, Wagner, die Stinneschen Sozialisierungsprojekte unterzeichnet hat. Gué nennt den Vorfall einen Skandal; seine Erklärung bezeichnet in erster Linie die von Stinnes vorgeschlagene Gewinnteilung der Arbeiter als eine Fälschung des Sozialisierungsgebankens.

Rachwort.

Der in den Nummern 141, 142 und 143 der „Schief-erb.-Ztg.“ veröffentlichte Artikel „Deutschlands wirtschaftliche Lage im Oktober 1920“ ist der „Industrie- und Handels-Zeitung“ entnommen, die Stinnes gehört. Wir brachten den Artikel zum Abdruck, weil er gewissen informativischen Wert besitzt, bitten aber, bei der Wertung seine kapitalistische Tendenz nicht außer acht zu lassen.

Provinz.

Streit. In Glad ist in den Zischereibetrieben wegen Lohnstreitigkeiten der Streit ausgebrochen. Wir warnen vor Zuzug und Arbeitsannahme. Die Sozialverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Achtung! Ausschneiden!

An alle Ortsgruppen!

Parteiorgan der schlesischen Genossen ist die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Alle Mitglieder sind verpflichtet, die Zeitung zu abonnieren, mit Ausnahme der Arbeitslosen und derjenigen Mitglieder einer Familie, in der die Zeitung bereits abonniert ist. Für die Durchführung des Abonnementzwanges haben die Ortsgruppen Sorge zu tragen.

Die Ortsgruppen bestimmen einen (bzw. mehrere) Zeitungskassierer. Die Kolportage fällt ganz fort. Die Kassierer sind Funktionäre der Ortsgruppen und werden mit genauer Adresse dem Sozialistischen Verlag gemeldet. Sie legen ein Leserverzeichnis an und kassieren bis zum 24. jeden Monats die Abonnementsgelder ein. Die Gelder werden unter Befugung des Postbestellcheimes auf der Post eingezahlt. Die durch Poststempel quittierten Scheine werden an den Sozialistischen Verlag eingesandt, der für je ein Monatsabonnement den Kassierer eine Entschädigung von 50 Pf. zuzufindet. Wochenabonnements können nicht mehr geliefert werden. Niemand erhält die Zeitung ohne vorherige Bezahlung. Wird das Abonnementsgeld für den folgenden Monat nicht bis zum 25. des vorausgehenden eingezahlt, so ist eine rechtzeitige Belieferung ab 1. des Monats nicht gewährleistet. Die Zeitungskassierer unterstehen der Kontrolle der Ortsgruppe. Nach Möglichkeit ist dies Bestellsystem schon für den Dezember, spätestens aber bis zum 1. Januar durchzuführen. Freieremplare für Funktionäre und Arbeitslose sind seitens der zuständigen Instanzen zu abonnieren. Bleibt die Zeitung aus, so ist Beschwerde in erster Instanz beim Postamt, in zweiter beim Kassierer (Beschwerden über die Kassierer bei der Ortsgruppe) und in letzter bei der Expedition des Sozialistischen Verlages anzubringen. Der Vertrieb, das Werben von Lesern und Genossenschaftsmitgliedern ist Angelegenheit der Partei.

Bisherige Kolporteurs werden sich am besten als Kassierer eignen. Alle Ortsgruppen werden ersucht, ganz energisch dafür Sorge zu tragen, daß seitens der Kolporteurs und Betriebsstellen die rückständigen Abonnementsgelder unverzüglich an die Verlagskasse abgeliefert werden.

In Durchführung des Beschlusses der Sitzung der Genossenschafts- und Partei-Instanzen vom 12. November geben wir bekannt, daß zur Erledigung der nachstehend bezeichneten Aufgaben folgende Genossen bestellt und bevollmächtigt sind:

1. Einziehung rückständiger Genossenschaftsbeiträge, Breslau, Genosse A m m o n,
2. Einziehung rückständiger Genossenschaftsbeiträge, Provinz, Genosse M e y e r,
3. Einziehung rückständiger Abonnementsgelder, Breslau, Genosse R i e d e l,
4. Einziehung rückständiger Abonnementsgelder, Provinz, Genosse K r a u s e,
5. Sammlung für den Pressfonds, Breslau, Genosse H ö j e r i c h,
6. Sammlung für den Pressfonds, Provinz, Genosse H a n t k e.

Die Adresse aller Genossen ist: Breslau 1, Nikolaistraße 49/50, Sozialistischer Verlag. Die Ortsgruppen und Kreisleitungen werden ersucht, die Tätigkeit dieser Genossen nach allen Kräften zu unterstützen.

Breslau; den 18. November 1920.

Vorstand und Aufsichtsrat des Sozialistischen Verlages.

Beiratsleitung U. G. P. Schiefen.

Da nach Verschmelzung der linken U. G. P. D. mit der R. P. D. die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands sein wird, ersuchen wir unsere Genossen inzwischen an der Durchführung dieser Beschlüsse, wo es irgend möglich ist, mit aller Energie mitzuwirken.

Beiratsleitung R. P. D. Schiefen.

Die verschärfte Ausbeutung.

Werbung. Ende voriger Woche ist unter Mitwirkung des Ministerialrats Dr. Bodenstejn vom Reichsarbeitsministerium ein Uebersichtenabkommen für den Waldenburger Bergbaubezirk zustande gekommen. Hiernach werden die Bergleute zugestandene Uebersichtenverfahren, so daß an 3 Tagen der Woche 2 Stunden an die Frühschicht und an den anderen 3 Tagen 2 Stunden an die Mittagschicht angehängt werden. Beim Verfahren der Uebersicht erhalten die Bergleute die gleichen Zulagen wie im Ruhrbezirk. Die Betriebsräte-Versammlungen, die am Sonntag stattfanden, haben mit überwältigender Mehrheit mit 95 gegen 21 Stimmen dieses Abkommen angenommen. Vom 17. November ab werden die Uebersichtenverfahren werden.

Daß sich Betriebsräte für die Uebersichten ins Zeug legen, ist, gelinde gesagt, beschämend.

Die „gute Gesellschaft“.

Vor dem Schwurgericht in Glatz fand kürzlich die Verhandlung gegen eine Rädermacherin statt, die wegen Ermordung eines Hauptmanns angeklagt war. Nach jahrelanger freier Gemeinschaft erklärte der Hauptmann während des Krieges, er könne das Mädchen nicht heiraten, und wählte eine Dame der „Gesellschaft“ zur Frau. Er besaß die große Geschwätzhaftigkeit, seine Frau mit dem Mädchen zusammenzubringen, und diese hatte die Räder, das Mädchen als Dirne zu beschimpfen. Hierauf reiste in der Glatz der Entschluß, den Hauptmann und sich selbst aus der Welt zu schaffen. Sie erschloß den Hauptmann, während der selbstmörderische Schuß sie nur schwer verletzete. Die Geschworenen verneinten in Anbetracht des zerrütteten Eheglücks der Angeklagten sämtliche Schuldsfragen und sie wurde freigesprochen. Bemerkenswert sind die Worte, mit denen

der Staatsanwalt ein Urteil über die Moral der bürgerlichen Gesellschaft abgab:

Das ist die Frivolität der bürgerlichen Gesellschaft, mit der sie die Mädchen der Arbeiterschaft oder der niederen Klassen als wohlfeile Objekte ihrer Sinnlichkeit und ihrer nimmermüden Begehrlichkeit ansieht. Das ist der Fluch, dem es zuschreiben ist, daß die Welt auch heute noch nicht besser geworden ist. Und das ist die Charakterlosigkeit, die heute noch ihre Stützen in der bürgerlichen Gesellschaft sucht und findet.

Wir haben es in der Geschichte der Staatsanwaltschaft nicht oft erlebt, daß ein öffentlicher Ankläger so mutige Worte zur Charakterisierung der bürgerlichen Moral fand.

Interessanter Fund.

Die „Bresl. Ztg.“ meldet aus Siegnitz: Bei Erbarbeiten in der Haynauer Allee wurde von einem Arbeiter ein Steinhammer gefunden, also ein menschliches Werkzeug aus einer Zeit, wo das Eisen noch unbekannt war. Der Fund ist dem Niederschlesischen Museum überwiesen worden.

Kofales.

Breslau, den 19. November 1920.

Konsulatsfürmer-Prozess.

8. Tag. Breslau, den 16. November.

Der heutige Tag ist wohl der interessanteste im bisherigen Verlauf des Prozesses. Zu Beginn der Verhandlung verwahrt sich der Staatsanwalt gegen gewisse Angriffe, die eine Zeitung gegen ihn gerichtet hat. Auf welche Zeitung er damit zielt, ist nicht genau zu ersehen, da ja außer unserer Zeitung noch andere Blätter an seinem Verhalten Kritik übten. Als erster Zeuge wird der frühere Polizeipräsident Ernst vernommen. Er gibt zunächst seiner Meinung Ausdruck, daß die Stärke der Sipo überhaupt für Breslau zu gering sei. Für diese Verammlung hätte er übrigens keine Befürchtungen gehabt, da ihm von den Verantwortlichen versichert war, daß die Verammlung ruhig verlaufen würde. Trotzdem hätten die Ausschreitungen verhindert werden müssen und können, wenn die Beamten der Sipo voll ihre Pflicht getan hätten. Er sei an jenem Tage nicht in Breslau gewesen. Auch sei er von keiner Seite gewarnt worden, auch nicht vom R. F. S. der doch, wie Kofschate aussagt, von diesem unterrichtet worden war. Auch aus den Aussagen des Leutnants Schloffer ergibt sich, daß die Maßnahmen der Sipo völlig unzulänglich waren. Die Polizei war eben wohl der Meinung, daß sie nur bei Versammlungen der „Kommunisten“ Gefahren zu befürchten habe, bei einer solchen „patriotischen“ Kundgebung aber sich aufs Ohr legen könne. Viel Ärger um nichts erhob sich vor der Vernehmung des Herrn Gralka, des Leiters der Nachrichtenstelle im Oberpräsidium, wegen der durch seine Aussagen evtl. gefährdeten Staatsicherheit. Sie führt zunächst zur Ausschließung der Öffentlichkeit, doch zeigte sich bald, daß dies unzulänglich war und so wurde den Berichtern der Presse gestattet, über die unter Ausschluß der Öffentlichkeit gemachten Ausführungen des Herrn Gralka zu berichten. Er hat, wie er angibt, aus seinem Material die Überzeugung gewonnen, daß polnische Studenten, die kurz vorher von der geheimen Agitationschule in Krakau nach Breslau gekommen waren, hier die Unruhen provoziert hätten.

(Diese Studenten sollen sich später in einem hiesigen Kaffee getroffen und sich über das Gelingen ihres Planes erfreut ausgesprochen haben. Auch sei während der Sühnaparade von zwei jungen Burchen versucht worden, dem Konsulat gegenüber eine schwarz-weiß-rote Fahne zu hissen. Die Jungens hätten bei ihrer Verhaftung angegeben, von einem Ausländer dazu angestiftet zu sein. Doch muß Herr Gralka erklären, daß er keine direkten Beweise für alle diese Vermutungen habe. Der Zeuge Wachtmeister Kopud hat am 4. September d. Js. einen französischen Deserteur nach dem Hauptbahnhof gebracht und ihn dort einer französischen Eskorte übergeben. Dabei erzählte ihm der Dolmetscher, daß der Deserteur an der Erkürmung des Konsulats teilgenommen habe. Dieser leugnete es aber, als Kopud ihn danach befragte. Die Untersuchung dieses Falles hat jedoch ebenfalls nichts ergeben, wie Polizeirat Thiemann erklärt. Auch die Aussagen des Zeugen Ferrenbach bewegen sich auf diesem Gebiet. Er will gesehen haben, wie die Menge, als sie vom Hotel Vier Jahreszeiten in die Schweidnitzer Straße kam, dort von zwei Herren aufgefordert wurden, zum französischen Konsulat zu gehen. Hierauf erscheint Fräulein die Organisation von Stoßtrupps im Vinzenzhaus gemacht haben soll. Sie bestritt dies entschieden. Sie habe nur über die Organisation der politischen Frauenarbeit gesprochen. Dagegen behauptet die Zeugin Frau Schorstein, daß Demonstration auf dem Schloßplatz einfinden sollten, um dort Unruhen hervorzurufen. Sie bleibt dabei trotz des Widerspruchs des Fräulein Truffe und beidert ihre Aussage. Zwei weitere Zeugen, die der Verammlung beizwohnten, wissen ebenfalls nicht, daß Fräulein Truffe derartige Ausführungen, wie Frau Schorstein angibt, gemacht habe. Bei der Vernehmung des Zeugen Kofschate, der seine früheren Aussagen wiederholt, kommt es zu einem heftigen persönlichen Zusammenstoß zwischen ihm und R.-A. Demlow, dem Kofschate vorwirft, daß er dem Zeugen Smolaczek habe Geld anbieten wollen. R.-A. Demlow verwahrt sich dagegen und erklärt, er habe den Smolaczek, als er wegen einer anderen Angelegenheit bei mir war, darauf aufmerksam gemacht, daß er wahrscheinlich als Zeuge vernommen werden wird und sich die Zeugegebühr werde verdienen können. Nach längerer Beratung beschließt darauf das Gericht auf Antrag des Staatsanwalts den Zeugen nicht zu verurteilen, da er der Teilnahme an den Unruhen verdächtig erscheine. Eine Angestellte des polnischen Konsulats, Zeugin S., will von ihrem Bruder mehrere Tage vorher erfahren haben, daß das Konsulat gefährdet werden würde. Ihr Bruder ist einige Tage nachher nach Bosen gereist und noch heute dort. Die Unzuverlässigkeit dieser Aussage wird aber dadurch beleuchtet, daß die Zeugin behauptet, ihr Bruder habe es in einer hiesigen Zeitung vorher gelesen. Der Zeuge Hamerling war Angestellter des französischen Konsulats. Er selbst hat den Konsul vor Unruhen gewarnt. Er habe die Überzeugung, daß der Konsul von der beabsichtigten Erkürmung vorher unterrichtet war. Die Angestellten wurden am Tage des Konsulatssturmes anscheinungsweise schon um 5 Uhr statt um 6 Uhr entlassen. Auch habe der Konsul schon mehrere Wochen vorher Druck- und Warnbriefe erhalten. Er hätte da einmal geäußert: Er könne 4 Wochen Ferien ganz gut gebrauchen. Der Zeuge Kofschate wiederholt noch einmal, daß er seiner Person habe polnische Propagandamaterial zu-

kommen lassen. Als letzter Zeuge erscheint der Arbeiter Breolaczek. Er stand mit Kofschate zusammen. Er habe aber die Vorgänge nicht genau beobachtet und weiß daher nicht, welche Rolle der Angeklagte Saal gespielt haben oder nicht kennt. Darauf wird die Verhandlung am Donnerstag vertagt, wo die Zeugenvernehmung fortgesetzt wird. Das tatsächliche Ergebnis dieses Tages ist trotz all der sensationellen Aussagen, die auf das politische Gebiet hinübergriffen, gering. Vor allen Dingen ist es nicht gelungen, irgend einen festen Beweis dafür zu erbringen, daß die Unruhen von fremder Seite veranlaßt wurden, was ja wohl der Zweck der Vernehmung all dieser Zeugen sein sollte, deren Vernehmung mit der eigentlichen Aufgabe der Verhandlung, zu erweisen, ob und inwieweit die Angeklagten an den Unruhen beteiligt sind, nichts zu tun hatte. Ob es überhaupt angebracht war, diese politischen Fragen vor das Gericht zu bringen, lassen wir dahingestellt.

Gewerkschaftliches.

Quartalsversammlung der Schuhmacher.

In der Quartalsversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher gaben die Kollegen Thaler und Reiner zu Punkt 1 der Tagesordnung den Geschäftsbericht. Zu Punkt 2 gab Kollege Reiner den Bericht über den Streit im Schöbengewerbe. Er führte aus: In Breslau sind 1400 selbständige Meister, die ungefähr 400 Gesellen beschäftigen. Die Gesellen hatten eine Lohnforderung gestellt, die der Schlichtungsausschuß anerkannte, die Zwangsstimmung aber ablehnte. So haben sich die Gesellen genötigt, in den Streit zu treten. Von den am Streit beteiligten verdienten vorher: über 200 einen Lohn von 80-120 Mk., an 100 einen Lohn bis 150 Mk. und 24 einen Lohn von über 150 Mk. Bei den Streikenden ist die Stimmung gut und sie sind ihrer Sache sicher. Punkt 3 beschäftigte sich mit dem Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses. Nach dem Referat des Kollegen Reiner gab es eine sehr erregte Debatte. Verschiedene revolutionäre Kollegen beschwerten sich, daß das Gewerkschaftshaus den linken politischen Parteien nicht zur Verfügung gestellt würde. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

„Die im Zentralverband der Schuhmacher organisierten Kollegen erklären sich bereit, den Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses finanziell unter der Bedingung, daß den linksstehenden politischen Parteien zu gleichen Rechten dasselbe zu Verammlungen zur Verfügung steht, zu unterstützen.“

Ferner wurde ein Antrag, daß die Versammlungen des Verbandes auch in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ bekannt gegeben werden sollen, angenommen.

Dank.

Allen Spendern der Goldschmidt-Versammlung vom 29. Oktober sagen die hier in Deutschland internierten Rotarmisten für den Betrag von 220,70 Mk. den herzlichsten Dank.

Bereinerung der Auswanderer nach Sowjetrußland.

Lebensmittelverteilung.

Vom 18. bis 23. November 1920.

1. Geschälte Hülsenfrüchte auf Lebensmittelmarkt P 7.
 2. Süßstoff auf Lebensmittelmarkt Z 1.
 3. Grieß auf Lebensmittelmarkt 218 weiß.
 4. Mählenerzeugnisse auf Lebensmittelmarkt 218 blau und rot.
 5. Zwieback auf Lebensmittelmarkt 245 braun in den 4 bekannten Feinsthandlungen.
- Im übrigen wird auf die Bekanntmachung an den Anschlagtafeln verwiesen.

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Provinzialles: Dagobert Lubinski; für äußere Politik, Räte, Partei, Internationales und Lokales: Erich Kunitz; für Inserate Fritz Ulbrich. Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Freitag 7 Uhr:
Die Land.

Oper-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Waldmüller.

Choral-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Kindertragödie.

Schauspielhaus.
Operettenhäuser 21 u. 25 25
Freitag 7 1/2 Uhr:
Der Bienenprimas.

LIEBICH-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
der große Erfolg des
Novemb.-Programms.

DR. MARX
Katholisch-Konv.
Katholischstr. 31
und Katholischstr. 3.

Bastardentwache
u. d. Bismarck

Marquise v. O.
5. Akte einer Leidenschaft

Vampire
3 Akte

Edgar Raisen
Hauptrolle

Zirkus Busch
Gebäude
Rechts Freitag
Freitag 7 1/2 Uhr:
Saft
Europameister
gegen
Westergaard-Schmidt
Waltmeister
Großer Herausforderungs-Kampfbau
in freier Luft
Bahn
Waltmeister
gegen
Randoff
Oesterreich
Alle Kräfte sind erlaubt
Großer Kampscheidungs-Kampfbau
(20 Runden)
Letto
Finland
gegen
Charachin
Russland
Vorher das vollständige neue
Kampfbau
Vorverkauf in den
bekanntesten Stellen.

Walhalla-Theater
Am Wapplatz
Pola Negri
in
Martyrium
Packende Lebens- u. Liebes-
tragödie mit schön. Weib
und ihrer verbrochenen
Geschichte.
3 große Akte.
Krimi auf der dramatischen
Famously Liebesabenteuer
in 2 Akten.
Erstklassige Rezitation

Union-Theater
Graupenstr. 6/8.
Die rote Herzogin
Erstklassige Schicksals-
weg eines schönen Mäd-
chens, das durch einen
Schmerz um ihr Ebenbild
kennbar wird
in 4 großen Akten.
Die verspielte
Dame
Spannender Abenteuer-
roman
in 3 großen Akten.
Erstklassige Rezitation!

Wietangebot.
Die links am Südring am Hauptbahnhof
steht an der Ecke gelegene Grundstücke ist dem
1. Januar 1921 an zu verkaufen.
Die Wietangebotungen sind in der Wietangebot
des Anbauers zu haben.
Schreibliche Angebote sind bis zum 30. Novem-
ber 1920 an das Grundstück - Kommissariat - ein-
zugeben.
Breslau, 13. November 1920.
Der Magistrat.

Palast-Theater.
Harry Piel
in
Das fliegende Auto
Dazu:
Carola Tolle
Der 7te Tag.

ZEPHER-KINO
Die Gesichte
des Millionärs
oder
Abend bis Morgen
Dazu:
Vampire
3 Akte
Der Giftschach.

Wöbel
W. 99. Seife, erst. Zeit.
F. Dawid.
Friedr. Wilhelms-Str. 9.1.
Eingang: Reichplatz.

Wandervolle
tippige
Büste
durch meine
Büstenpräparate
zu Mk. 7.— und Mk. 9.—
beid. zusammen Mk. 16.—
Ferner empfehle bei
**Perioden-
störung**
u. Unregelmäßigkeiten
mein altbew. Präpar. Viele
freiwill. Dankschreib. Preis
Mk. 13.— und Mk. 19.—
Katalog 60 Pf. in Marken.
Fr. Barthel Breslau 71/2.
Sadowstr. 67/1.

Ernst Meinze
vorm. Max Scholz
Breslau, Goldeneradegasse 7
Telephon: Ofle 1609
Herren-Anzug-, Paletots- und
Ullferstoffe,
Damen-Kostüm-
und Mantelstoffe
in grosser Auswahl
sehr preiswert.

Vielen Genossen ist das **Zigarrenhaus Alsenstr.**
unbekannt und habe ich
hiermit jeden Genossen zum Einkauf seiner Randware es
empfehle **Prima Zigarren** von 60 Pf. an,
Zigarren von 15 Pf. an ohne Mundstück,
Rauch-, Kan- u. Schnupftabak, Pfeifen, Spitz-
Zigarrenhaus Alsenstr. 50 (Witte auf Nr. acht).

15 Mark
Sind Sie überflüssige Vermögensgüter und schnell ausgegeben mit immer neuem Gewinnen Geld.
Der Kleinrentner Profitieren sollte aber mit schwer erworbenes Geld besser anwenden. In dieser
stürmischen Zeit, die eine neue Weltordnung gebiert, gilt es, sich über die neuen Probleme volle
Klarheit zu verschaffen. Der Profitierer kann Anleihen nur zu unvorteilhaftem Zinseszins schaffen.
Die nachstehend aufgeführten 20 Werte zum Verzugpreis von 15.- Mk. bringen ihm wertvolles
Wissen. Es wachse kein Profitierer, sich diese kleine Heiligkeit anzuschaffen.
Heinrich Heine über Frankreich, Deutschland und die Revolution; Lasker's Drei Symptome des
antikerischen Geistes; H. Heine: Deutsche Kultur in Asien; Adolph Müllers: Belgien, Belgien und
auf Standart; Kriegerpolitik der Gewerkschaften; Heine: Unsere Ziele; Marcellus; Wenn
Diktator des Profiteurs? Buchreihe: Programm der Kommunisten; Dr. Wilhelm Sozialisierung der
Welt; Die „Schlacht“ des Sozialismus; Technische: Ökonom: Adolf zu Wilson; Leitenden
für Gewerkschaften und Arbeitervereine; Logos: Sozialismus und Krieg; Heine: Leitenden
Krieg der Profiteur Dr. Heine: Volkswirtschaft; Dr. Lippmann: Unsere Gewerkschaft; Dr. Zander:
Der Achtstündige; Dr. Heine: Sport und Arbeiter; Heine: Jugend der neuen Zeit; Heine:
Zugspinnerei.

Buchhandlung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
Breslau, Nikolaistr. 49/50.

Bestellschein.
Unterzeichneter bestellt hiermit (gegen
Nachnahme, Voreinsendung* des Betrages,
1,50 M. Porto extra) die neben aufgeführten
Broschüren.
Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____
An die
„Schles. Arbeiter-Zeitung“
Breslau
Nikolaistr. 49/50
* Bei Voreinsendung bitte Nachnahme, bei Nach-
nahme bitte Voreinsendung zu durchstreichen.
Abstriche und als Drucksache einwickeln.
Auch einzeln wird gern geliefert.